



«Ça va» nichts mehr, Frau Bundesrätin Baume-Schneider (r). Bild: Al/Adobe Stock

Der Anfang vom Ende des Frühfranzösisch

Ein juristisches Gutachten im Auftrag des Lehrernetzwerks Schweiz kommt zum Schluss: Der Bund hat sich aus der Frage «Frühfranzösisch an den Primarschulen» herauszuhalten. Ein Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone wäre unverhältnismässig und reine Symbolpolitik ohne Rücksicht auf das Kindeswohl.

Mehrere Kantone wie Zürich, St. Gallen und Thurgau wollen Frühfranzösisch abschaffen und die zweite Landessprache erst ab der Oberstufe einführen. Als der Zürcher Kantonsrat anfangs September 2025 seine Bildungsdirektorin Silvia Steiner beauftragte, ein Gesetz auszuarbeiten und die Stundentafeln umzuschreiben, läuteten in Bern die Alarmglocken. Schafft der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz Frühfranzösisch ab, ist das ein Wendepunkt in der teilharmonisierten Bildungsschweiz.

Umgehend drohte die jurassische Bundesrätin Elisabeth Baume-

Schneider, der Bund würde das Zepter übernehmen und ein nationales Sprachengesetz verabschieden. Man werde die Deutschschweizer Kantone zwingen, Französisch weiterhin in den Primarschulen zu unterrichten. Schliesslich gehe es um den nationalen Zusammenhalt, wie Baume-Schneider als primäres Argument anführt. Der FDP-Nationalrat Damien Cottier fordert eine gesetzliche Verankerung der zweiten Landessprache.

Die Absicht ist klar: Die Bestrebungen in den Kantonen Zürich und St. Gallen, den Französischunterricht in *Fortsetzung auf Seite 2*

Unser Einsatz, der sich lohnt

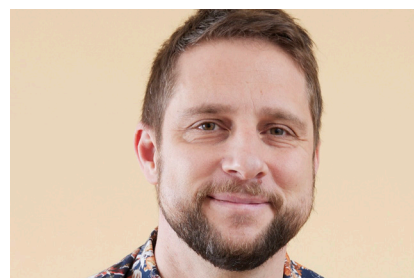
Die Schule als ein Ort des freudigen Lernens und des gemeinsamen Erlebens – vielerorts bleibt dies ein ferner Wunsch und vager Traum. Immer mehr Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer kommen an den Anschlag und leiden unter Bürokratie, Druck und Belastungen. Die Überfrachtung unserer Lehrpläne dürften ein wesentlicher Grund dafür sein.

Anstatt dass man eine Schule denkt und lebt, bei der die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, aber auch die Kreativität im Zentrum steht, überfordert man unsere Kinder und Jugendlichen mit hunderten von Kompetenzen und zu vielen Fächern. Ein Paradebeispiel ist das Frühfranzösisch, das viele Kantone nun an die Oberstufe verlegen wollen. Es ist eine Forderung, die wir bereits in unserem Positionspapier stellen und weshalb wir auch jetzt aktiv werden.

Was wir in dieser Sache konkret tun, davon berichtet unsere Titelgeschichte. Du kannst Dir also sicher sein: Wir bleiben dran und unseren Werten treu. Wir scheuen dabei keine Kosten, denn: Wir wissen, unser Einsatz kommt unserer nächsten Generation zugute. Dass Du uns dabei so treu und grosszügig unterstützt ist uns eine grosse Freude und Ansporn. Hab' herzlichen Dank dafür.

Ich wünsche uns allen einen schönen und entspannten Frühling.

Jérôme Schwyzer, Präsident LNCH



die Sekundarschule zu verlegen, sollen im Keim erstickt werden. Denn die Abschaffung des Frühfranzösisch ist nichts weiteres als ein Eingeständnis, dass das Frühfranzösisch ebenso gescheitert ist, wie die vor Jahren mit viel Geld eingeführte Schulreform Harmos. Frühfranzösisch sei deshalb

weiter an den Primarschulen zu unterrichten – ohne Rücksicht auf die Bildungsverluste im Lesen, Schreiben und in der Mathematik der Primarschulkinder, die in der heute mit Bildungsstoff überfrachteten Unter- und Mittelstufe entstehen. So die Haltung der Bundesrätin.

Juristisches Gutachten

Gegen diese politische Instrumentalisierung des Röstigrabens wehrt sich das Lehrernetzwerk Schweiz, mit einem juristischen Gutachten, das alle Parlamentarier in Bern, sowie der Bundesrat in den letzten Tagen per Post erhalten haben.

Die zentrale Aussage, die die Politiker erreichen soll: Der Bund hat keine Kompetenz, den Zeitpunkt des Fremdsprachenunterrichts festzulegen. Die Organisation des Schulunterrichts – also auch die Frage, wann Französisch beginnt – gehört nach der Bundesverfassung in die Hoheit der Kantone. Ein bundesrechtlicher Zwang wäre deshalb nichts anderes als ein neuer Zentralisierungsschritt und eine Machtverschiebung in der Bildungspolitik.

Pädagogisch fragwürdig

Noch bemerkenswerter ist jedoch die zweite Erkenntnis. Die Forschung zeigt laut Gutachten keinen klaren Vorteil eines besonders frühen Fremdsprachenbeginns – im Gegenteil. Viele Lehrerinnen und Lehrer sehen täglich ein anderes Problem: Kinder müssen immer früher zwei Fremdsprachen gleichzeitig lernen, während Deutschkenntnisse vieler Schüler immer schwächer werden. Der Schweizer Pädagoge und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug, Carl Bossard, bringt es so auf den Punkt: «Heute haben wir Frühfranzösisch und Frühenglisch an den Schulen, aber Spätdeutsch.»

Bereits 2016 schockierte eine Zentralschweizer Studie: Nur jeder dreissigste Achtklässler sprach lehrplangerecht Französisch; nicht einmal jeder Zehnte

Ein Systemwechsel bahnt sich in den Kantonen an

Aufgrund der schlechten Resultate wird der Fremdsprachenunterricht auf Primarschulstufe in vielen Deutschschweizer Kantonen überprüft oder abgeschafft. Widerstand gegen das Frühfranzösisch regt sich vor allem in der Ostschweiz, wo die Affinität zur Romandie geringer ist. In Appenzell Innerrhoden büffeln die Schüler schon länger Französisch erst ab der Oberstufe. Die Ausserrhodner haben die Regierung schon im Frühling 2025 beauftragt, das Französisch auf die Oberstufe zu verschieben. Eine Übersicht über die Veränderungen:



Das Parlament in **St. Gallen** hat der Verschiebung des Französischunterrichts von

der Primar- auf die Sekundarstufe I zugestimmt. Parteien von links bis rechts haben dieses Anliegen unterstützt.



In **Zürich** gab das Kantonsparlament gegen den Willen von Regierungsrätin Silvia

Steiner der Bildungsdirektion den Auftrag, das Frühfranzösisch abzuschaffen.



Die Starke Schule beider Basel hat im Kanton **Baselland** eine Initiative lanciert, die

die Abschaffung des Frühfranzösisch fordert. Bemerkenswert: Hier geht der Druck direkt von der Bevölkerung, beziehungsweise von aus einem gut organisierten Verein aus.



Auch **Schaffhausen** rüttelt am Fremdsprachenunterricht. Der Kantonsrat hat im März 2026 einer Motion zugestimmt, die eine Verschiebung des Fremdspra-

chenunterrichts von der Primar- an die Oberstufe prüfen will. Davon betroffen sein könnte Französisch oder Englisch; Ausgang offen.



In **Solothurn** mit seinen Grenzen zur frankophonen Schweiz ist die Regierung gegen die Abschaffung. Doch in den Gemeinden regt sich Widerstand.



Im Kanton **Aargau** laviert man, welche Schüler mit Frühfranzösisch konfrontiert

werden wollen und welche nicht. Die SVP hat im Herbst 2025 eine Motion eingereicht, die dem ein Ende setzen sollte und die eine Verschiebung in die Oberstufe verlangt. Die FDP wartet ab; Ausgang offen, analog Schaffhausen.



Der **Thurgau** war einer der ersten Kantone, der Frühfranzösisch bereits 2014

abschaffen wollte. Der damalige Präsident der Erziehungsdirektoren-Konferenz, Christoph Eymann aus Basel, grätschte dazwischen und vermochte den Thurgau zwischenzeitlich zu disziplinieren. Über zehn Jahre später liegt der Abschaffungsentscheid erneut auf dem Tisch.



In **Basel-Stadt** wurde eine technokratische Evaluation zur Überprüfung des Frühfranzösisch lanciert. Sollen nur starke Schüler dazu verpflichtet werden? Ein Richtungsentscheid liegt nicht vor.



Im zweisprachigen Kanton **Bern** finden Vorstösse gegen das Frühfranzösisch keine Mehrheit.



Couvert-Versand an den National- und Ständerat.

erreichte die Lernziele im Hörverstehen. Auch beim Lesen und Schreiben waren die Resultate unbefriedigend. 2017 betonte die Zürcher Linguistin Simone Pfenninger: «Man könnte beim Zweitspracherwerb dasselbe Ziel auf der Oberstufe mit geringerem Aufwand erreichen.» Ihre Stimme verhallte ungehört.

Der Praxisbeweis

Der Kanton Appenzell Innerrhoden macht es aber vor. Mit Erfolg: Er verlegte den Französisch-Unterricht von der Primar- in die Sekundarstufe und unterrichtet hier mit hoher Kadenz. Man befreite die Primarklassen von Französisch und gewann Zeit fürs Kernfach Deutsch. Bei Vergleichstests liegen die Appenzeller Kinder hier schweizweit an der Spitze. Ihr Grundsatz: Fürs Erlernen einer Fremdsprache braucht es präzise Kenntnisse und automatisierte Ausdrucksfähigkeiten der Muttersprache. Carl Bossard sagt dazu: «Besser zuerst scharfzünftig Deutsch als vielzünftig ungenau!» Ihm sei klar geworden, «wenn Bildungsidee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, leidet bloss die Wirklichkeit. Manchen jungen Menschen verleidet darum Französisch.»

Auf der LNCH-Agenda

Das Lehrernetzwerk Schweiz kritisiert den kindsungerech-

ten Unterricht seit Jahren. Im Positionspapier (abrufbar unter www.positionspapier.ch) fordern wir eine Priorisierung: Statt ineffizientem Fremdsprachenunterricht, sollten Deutsch und Mathematik, aber auch die handwerklichen Fächer, welche im Zuge des Lehrplans 21 geschwächt wurden, wieder höher gewichtet werden. Zusammenfassend kommt das Gutachten in diesem Punkt zum Schluss, dass der frühe Einstieg in die zweite Landessprache die Kinder zusätzlich belastet – ohne nachhaltigen Lernerfolg. Vor diesem Hintergrund ist es unverhältnismässig, das föderale Bildungssystem durch ein Sprachengesetz ausser Kraft zu setzen.

Fake-Argument

Um schliesslich noch auf das zentrale Argument der Sprachzentralisten einzugehen, es gehe beim Frühfranzösisch um den nationalen Landeszusammenhalt. Wäre der nationale Zusammenhalt tatsächlich von einem obligatorischen Frühfranzösischunterricht auf Primarstufe in der Deutschschweiz abhängig, ergäbe sich daraus ein logischer Imperativ, analog auch einen obligatorischen Italienischunterricht – und gar einen Rätromanischunterricht – flächendeckend einzuführen. Eine abweichende Behandlung würde sonst eine diskriminierende Abstufung der italienisch- und rätomanischsprachigen Kantone implizieren und somit dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgebot sowie dem föderalen Ausgleichsprinzip widersprechen, heisst es im Gutachten.

«Über anderthalb Jahrhunderte hatte der Bundesstaat ohne obligatorisches Frühfranzösisch

Unterstütze den Abbruch des Frühfranzösisch-Experiments

Dass das Lehrernetzwerk Schweiz überhaupt auf die Idee kam, juristisches Gutachten zu lancieren, hat einen einfachen Grund: Euer Engagement, Eure Treue und Eure Inputs!

Ziel: Der Bund soll sich nicht in die föderalen Angelegenheiten der Kantone einmischen. Die Bildung gehört dazu. Das Gutachten dient dazu, den Kantonen den Rücken frei zu halten.

Diese politische Arbeit, welche letztlich die Primarschule und die Kinder vom leider unnützen Früh-Fremdsprachen-Unterricht befreit, hat seinen Preis. Wir sind auf Spendengelder angewiesen.

- Bitte unterstütze diese Stimme der Praxis in der Bildungspolitik.
- Hilf mit, die Bildungspolitik wieder stärker an den Bedürfnissen der Kinder auszurichten.



Denn eines ist klar: Wenn niemand widerspricht, entscheidet am Ende Bundesbern – nicht mehr die Kantone und nicht mehr die Schulen.

Spendenkonto:
Lehrernetzwerk Schweiz,
5000 Aarau
CH84 8080 8004 5472 5499 6

oder: twinten



auf Primarstufe Bestand, ohne dass der innere Zusammenhalt substantiell in Frage gestellt worden wäre. Weder die historische Entwicklung noch die aktuelle politische Debatte geben belastbare Hinweise darauf, dass der «helvetische Zusammenhalt» davon abhinge oder künftig abhängen würde, ob die deutschsprachigen Kantone Französisch bereits auf Primarstufe oder erst auf der Oberstufe unterrichten, schreibt die Verfasserin des Gutachtens, Rechtsanwältin Nicole Burger.

Mit dem neuen juristischen Gutachten hat die Position des Lehrernetzwerks zur Abschaffung des ineffizienten Fremdsprachenunterrichts nun auch juristische Unterstützung erhalten.

Daniel Wahl

Das juristische Gutachten kannst Du im Originalwortlaut herunterladen.



Kinder wachsen analog heran, nicht digital

Aus entwicklungspsychologischer Sicht sind Kinder nicht in der Lage, Smartphones, Tablets und Computer selbstbestimmt zu nutzen. Das zeigt Yves-Michel Claude, Experte für Medienerziehung und Prävention auf. Doch wie bremst man den unbändigen Wunsch der Jugend, mit den digitalen Geräten spielen und kommunizieren zu dürfen? Hilfestellung hat Claude an einem Kurs des Lehrernetzwerks Schweiz gegeben.

Die App-Entwickler, die Produkte-Psychologen haben tausende von Stunden und Millionen investiert, um die Tablets und Apps so zu gestalten, dass wir sie möglichst lange in den Händen halten, dass wir Kauflust empfinden und Zeit mit ihnen verbringen. Sie sind intuitiv zu bedienen, sie sind motivierend, die Belohnungen – psychologisch ausgetüftelt – erhalten die

Konsumenten im Sekundentakt: Pokale, Diamanten, Bravo-rufe, Daumenhoch-Icons. Bei geringster Langeweile wischt man mit dem Finger zu noch interessanteren Inhalten. So werden kleine Dopaminschübe im Gehirn ausgelöst, so wird Suchtverhalten trainiert, nicht aber Willenskraft, Durchhaltevermögen und Produktivität. Wer die Entwicklungsprozesse

des Menschen verinnerlicht hat, wie der Elektroingenieur und Biologe Yves-Claude Michel, der erkennt auf Anhieb, dass Kinder nicht in der Lage sind, das Wesentliche im Leben mit den digitalen Geräten zu trainieren.

Rücksicht auf den Körper

Am Anfang steht nicht der Bildschirm, sondern der Körper. Kinder erschliessen sich die Welt über ihre Sinne – über Gleichgewicht, Bewegung, Lage im Raum, über Wärme, Kälte und Berührung. Diese basalen Erfahrungen sind keine Nebensache, sondern die Grundlage für alles weitere Lernen. Wer nie geklettert, balanciert, gerannt ist, wer die Welt nicht mit dem ganzen Körper erfahren hat, wird später auch geistig weniger Halt finden. Digitale Geräte reduzieren diese Erfahrungswelt drastisch. Sie konzentrieren Wahrnehmung auf das Visuelle und die Bewegung eines Fingers. Der Rest verkümmert. Nicht einmal der Tastsinn wird trainiert. Es ist das Gerät, das den «Touch-Sinn» hat.

Soziale Kommunikation

Darauf baut die zweite Stufe auf: die soziale Kommunikation. Der Mensch ist ein Beziehungswesen. Er liest Gesichter, deutet Gesten, spürt Stimmungen. Ein Augenrollen, ein Zögern, ein Lächeln – all das sind hochkomplexe Signale, die nur im direkten Gegenüber gelernt werden können. Digitale Kommunikation ersetzt diese Erfahrungsdichte durch Emojis und verkürzte Botschaften. Was da-

Merksätze zur Medienerziehung

Kinder können locker ohne Handy sein,

wenn die Geräte nicht dabei sind. Ohne Smartphones wird im Bus und auf dem Schulweg wieder miteinander gesprochen, es werden Ideen entwickelt.

Handys gehören nicht ins Eigentum der Kinder.

Digitale Geräte gehören den Erwachsenen, also jenen, die sie finanzieren. Sie leihen sie ihren Kindern aus. Geschenkt, also im Eigentum der Kinder, lassen sich Benutzerregeln kaum durchsetzen und die Bildschirmzeit kontrollieren. Nervenaufreibender Streit ist programmiert. Wenn ein Handy nötig wird, stelle ihnen ein «Haushaltshandy» zur Verfügung.

Erwachsene bestimmen die Benutzerregeln.

Vereinbare mit deinen Kindern die Nutzungsregeln. In der Familie von Yves-Michel Claude gilt die Formel: Bildschirmzeit x 2 = Gemeinschaftszeit

(gemeinsam spielen, reden). Am Sonntag ist Handy-Fastentag.

Die Ängste kommen aus der Erwachsenenwelt.

Schon seit Generationen schaffen die Schulkinder den Weg in die Schule alleine, ohne getrackt werden zu müssen. Bemerkenswert: Mit der Einführung der Geräte ist die Angst entstanden, man könne das Leben ohne Handy nicht meistern.

Erwachsene sollen ein Vorbild sein.

Leider kleben auch die Erwachsenen am Bildschirm. Kinder schauen ab.

Sei skeptisch, wenn in der digitalen Welt etwas gratis ist.

Die digitale Welt organisiert sich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Wenn etwas gratis ist, wird der Nutzer (und seine Daten) zum Produkt. Nutzer geben beispielsweise dem Meta-Konzern (Facebook und WhatsApp) sämtliche Eigentumsrechte an Text und Bild ab.



Yves-Michel Claude, Experte für Medienerziehung. Bild:dw

bei verloren geht, ist nicht nur Nuance, sondern die Fähigkeit, Menschen überhaupt richtig zu verstehen. Erst auf dieser Grundlage entwickelt sich die eigentliche Produktionsfähigkeit des Kindes – jene Phase, in der es beginnt, die Welt aktiv zu gestalten. Es bastelt, probiert, scheitert und versucht es erneut. Es lernt, Unlust zu überwinden, an einer Aufgabe dranzubleiben und am Ende die Erfahrung zu machen: Ich kann etwas bewirken. Diese Erfahrung ist zentral. Sie bildet den Kern von Selbstvertrauen und Leistungsfähigkeit. Digitale Geräte unterlaufen genau diesen Prozess. Sie liefern Lösungen in Sekunden, bieten permanente Belohnung und verlangen kaum Anstrengung. Wo alles sofort verfügbar ist, entsteht kein Wille.

Kritikfähigkeit lernen

In der Pubertät folgt die nächste Stufe: die Fähigkeit zur Rezep-

tion. Der junge Mensch beginnt, sich mit der Welt auseinanderzusetzen, Kritik zu hören, Emotionen zu verarbeiten. Erst jetzt entsteht die Voraussetzung, Medieninhalte einordnen zu können. Und erst am Ende dieses Weges, mit zunehmender Reife, bildet sich jene kritische Reflexion heraus: die Fähigkeit, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln und sich nicht von jedem Impuls treiben zu lassen.

Nutzer wird zum Produkt

Wer diese Abfolge versteht, erkennt die Brisanz der Entwicklung. Digitale Geräte greifen immer früher in diesen Prozess ein – und zwar genau dort, wo die Grundlagen erst entstehen müssten. Sie sind so gestaltet, dass sie Aufmerksamkeit binden, Zeit absorbieren und Verhalten steuern. Der Nutzer ist nicht Kunde, er ist Produkt.

Die Folgen verfrühter Digitalisierung: Die Frustrationstoleranz sinkt, Lehrabbrüche nehmen zu.

Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet die Architekten dieser digitalen Welt ihre eigenen Kinder oft davon fernhalten. In den Schulen des Silicon Valley, etwa in Waldorf-Einrichtungen, sucht man Bildschirme vergeblich. Steve Jobs liess seine Kinder kaum an Tablets, Bill Gates führte Smartphones erst im Jugendalter ein. Man weiss offenbar sehr genau, was man da in die Welt gesetzt hat. Die Rechtfertigung für die frühe Ausrüstung von Kindern mit Smartphones und Smartwatches kommt meist aus der Erwachsenenwelt, wie Yves-Michel Claude ausführt: Angst um Sicherheit, Bedürfnis nach Kontrolle, ständige Erreichbarkeit.

Doch diese Ängste sind erst mit den technischen Möglichkeiten gewachsen. Kinder selbst brauchen diese Geräte nicht. Sie können problemlos ohne sie auskommen.

Die Folgen der verfrühten Digitalisierung sind bereits sichtbar. Die Verbindlichkeit nimmt ab, die Frustrationstoleranz sinkt, Verpflichtungen werden schneller abgebrochen. Die Zahl der Lehrabbrüche steigt jedes Jahr. Gleichzeitig verschwindet die produktive Langeweile – jener Zustand, aus dem Kreativität, Ideen und Eigeninitiative überhaupt erst entstehen. Wer jede freie Minute mit Inhalten füllt, verlernt, eigene zu entwickeln.

Michael Ende hat dieses Phänomen in «Momo» literarisch vorweggenommen. Die grauen Herren versprechen Zeitgewinn, doch am Ende bleibt weniger Zeit für das Wesentliche: für Beziehungen und für echtes Erleben.

Medienmündigkeit entsteht nicht durch frühe Nutzung, sondern durch späte, reife Begegnung mit Technologie. Wer Kindern zu früh Geräte in die Hand gibt, überspringt Entwicklungsschritte – und bezahlt später den Preis. (dw)

Anzeige

Papierchaos zu Hause? *OfficeFee* BY SANDRA STEINER

Rechnungen, Steuerunterlagen, Versicherungen – und einfach keine Zeit dafür?

Ich unterstütze dich zuverlässig und diskret bei:

- Ordnung in deinen Unterlagen
- Vorbereitung und Erstellung der Steuererklärung
- Rechnungen & Administration
- Korrespondenz mit Ämtern & Versicherungen

Office-Fee – deine Unterstützung im Alltag
079 700 93 92 info@office-fee.ch www.office-fee.ch

Lernort als Lebensbegleiter

Das Konzept der Genossenschaft Lebenslernort Hausen am Albis hat das Potenzial, kopiert und gelebt zu werden: Die Genossenschaft initiiert ein Ort, an dem Schule, Wohnen und Begegnung unter einem Dach vereint sind. Bis 2028 entsteht ein generationenübergreifendes Gemeinschaftsprojekt, das eine alternative Privatschule mit gemeinnützigem Wohnraum verbindet.

Lernen endet nicht am Nachmittag, und Gemeinschaft beginnt nicht erst nach Feierabend. An der Schulhausstrasse 12 in Hausen am Albis wächst ein Projekt, das Schule und Wohnen miteinander verschränkt – nicht als pädagogisches Experiment, sondern als alltägliche Praxis.

Die Schule selbst existiert schon seit 2022. Hier lernen rund 25 Kinder und Jugendliche, vom Kindergarten bis zur Oberstufe. Es gibt keine Noten, keine Prüfungen. Stattdessen arbeiten die Kinder altersdurchmischt, orientiert an Montessori-Prinzipien, in einem Setting, das stärker an eine kleine Gemeinschaft erinnert als an ein klassisches Schulzimmer. Regeln existieren, aber sie dienen vor allem dazu, den Raum für eigenständiges Lernen zu sichern.

Gemeinschaftlich wohnen

Was zunächst wie eine bekannte Reformidee klingt, erhält durch das zweite Standbein des Projekts ein anderes Gewicht: das Wohnen. Parallel zur Schule entsteht bis 2028 ein Neubau mit kompakten Wohnungen für Menschen, die bewusst Teil einer Gemeinschaft sein wollen. Der private Raum bleibt klein, das Gemeinsame gross: Werkstätten, Ateliers, Gartenflächen und Gemeinschaftsräu-

me stehen allen offen. Räume, die sonst leer stehen würden – abends, an Wochenenden, in den Schulferien –, bleiben belebt.

Gegenseitige Hilfe

Aus dieser Überlagerung entsteht ein funktionales Gefüge. Die Schule profitiert davon, dass Menschen vor Ort sind. Die Bewohner bringen ein, was sich nicht organisieren lässt: Erfahrung, Zeit und handwerkliches Können. Hier wird gemeinsam gearbeitet. Ein Kind näht mit einer älteren Person an der Maschine, jemand zeigt, wie man Beete anlegt oder Holz bearbeitet. Es sind einfache Tätigkeiten, aber sie schaffen etwas, das im schulischen Kontext oft fehlt: unmittelbare Erfahrung, Konzentration über längere Zeit, das Erleben von Material und Ergebnis.

Das Projekt versteht sich damit auch als Korrektiv zu einer

Teil eines Wohn- und Lernmodells

Die Genossenschaft Lebenslernort Hausen am Albis sucht Alleinstehende oder Paare, die genossenschaftlich wohnen möchten, offen sind für Gemeinschaft und den Austausch mit Jüngeren schätzen. Es geht darum, soziale Isolation vorzubeugen, gemeinschaftliches Leben zu fördern und Teil eines innovativen Wohn- und Lernmodells zu werden.

Weitere Informationen:
www.lebenslernort.ch

Kontakt:
lernort@lebenslernort.ch

stark digitalisierten Lernwelt. Nicht aus Technikskepsis, sondern aus der Beobachtung, dass bestimmte Formen des Lernens nur in direkter Auseinandersetzung entstehen. Wer einen Samen setzt, ihn pflegt und schliesslich erntet, macht eine Erfahrung, die sich nicht simulieren lässt.

Umgesetzt wird die Idee mit einem Projekt, das 2028 bezugsbereit sein wird: Der bestehende Altbau wird erhalten und umgenutzt, ergänzt durch einen energieeffizienten und strahlungsarmen Neubau ergänzt – als Ort, in dem Schule, Alltag und Gemeinschaft ineinandergreifen. (dw)



Visualisierung Lebenslernort.

Bild Lukas Felder

«Vielen Dozenten fehlt der Praxisbezug – und das wirkt sich auf die Ausbildung aus»

Der kürzlich veröffentlichte Bildungsbericht der Schweiz hätte Bestürzung über den Zustand der Volksschule auslösen können. Während die realen Ausbildungskosten in einem Jahrzehnt um über 30 Prozent gestiegen sind, sinken die schulischen Leistungen unentwegt. Nach 16 Jahren Amtszeit blickt der scheidende Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid kritisch auf die Entwicklung des Schulwesens zurück und benennt die Gründe.

Von Daniel Wahl

Res Schmid, Sie haben die Bildung in Ihrer Amtszeit als eine grosse Baustelle wahrgenommen. Wo muss angepackt werden?

Res Schmid: Die schulischen Leistungen sind trotz vieler Reformen dramatisch gesunken. Darum braucht es an mehreren Stellen Korrekturen. Die Fremdsprachenstrategie ist zu überdenken. Das integrative Schulmodell ist in der heutigen Form gescheitert. Die Stellung des Klassenlehrers muss gestärkt werden. Ich stelle eine Überforderung der Lehrpersonen fest sowie eine Ideologisierung an den Pädagogischen Hochschulen mit verblendeten Studenten. Dort wird von «Schulentwicklung» gesprochen – oft ohne genügenden Praxisbezug. Es braucht jetzt einen klaren Appell an Politik, Verwaltung und Hochschulen.

Bevor wir auf die Punkte eingehen, reisen wir 16 Jahre zurück: Wenn Sie das Amt nochmals antreten würden, wo wären Sie mehr auf der Hut?

Ich hätte mir die PH früher genauer angeschaut. Ich habe sie nur etwa anderthalb Tage besucht – das war zu wenig, um wirklich zu verstehen, was dort vermittelt wird. Darum werde ich meinem Nachfolger ans Herz legen, sich frühzeitig

mit Strategie und Zielsetzungen der PH auseinanderzusetzen. Zudem ging ich zu Beginn davon aus, dass man Dinge relativ schnell ändern kann. Im trägen Bildungssystem dauert jedoch alles lange. Das verhindert zwar übereilte Anpassungen, führt aber auch dazu, dass selbst dringende Korrekturen zwei oder drei Generationen brauchen – und in dieser Zeit kommen die Kinder zu kurz. Das bedaure ich sehr. Mir wurde oft entgegengehalten, ich sei nicht vom Fach oder komme aus der falschen Partei. Nach 16 Jahren kommt derselbe Befund nun auch aus der Schulbasis – genau das, was ich seit langem sage. Bloss die PH foutieren sich darum.

Woher kommt die Erkenntnis?

Ich habe das Privileg, in allen Gemeinden des Kantons Nidwalden jährlich die Schulen zu besuchen und jeweils zwei Lektionen in unterschiedlichen Klassen zu verfolgen. Danach bespreche ich die Themen mit Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden. Das Vertrauen ist mittlerweile so gross, dass Probleme offen angesprochen werden. Der Druck aus der Schule ist stark gestiegen. Im Zentrum der Probleme steht das integrative Schulsystem.

Die integrative Schule ist vor allem aufgrund der Migration –



Res Schmid, noch bis zu den Sommerferien Bildungsdirektor im Kanton Nidwalden. Bild: Daniel Wahl

der Fremdsprachenkinder und der Kinder mit traumatischen Erlebnissen – an den Anschlag gekommen, nicht?

Ich würde das nicht vermischen. Die integrative Schule ist auch ohne Migration problematisch. Schwache, behinderte und benachteiligte Schüler kommen zu kurz, obwohl sie Anspruch auf gezielte Förderung hätten. Angesichts der Resultate – rund 20 Prozent der Schulabgänger verstehen einen Text nicht – müsste man das endlich einsehen.

Richtig ist aber auch: Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen sollten zuerst gezielt bis mindestens Niveau A aufgebaut werden, bevor sie in die Regelklasse kommen – auch wenn sie dabei ein Jahr verlieren.

Es gibt im Kanton Nidwalden bestimmt auch DaZ – Deutsch-als-Zweitsprache-Lektionen, die man anbieten kann.

In der Praxis reicht das nicht. Eine Familie kommt aus einem anderen Land oder Kontinent, und das Kind steht am nächsten Tag im Klassenzimmer. Die Lehrperson soll das auffangen. So geht es nicht. Mit wenigen DaZ-Stunden pro Woche lässt sich die Sprachbarriere nicht überwinden. Eine regionale Integrationsschule wäre eine klare Entlastung für die Lehrpersonen und übrigen Schüler.

Der Kanton Nidwalden ist mit Ihnen zum Vorreiter geworden, wenn es um die Korrekturen im Schulwesen geht. So haben Sie auch das «Lesen durch Schreiben» – also Schreiben nach Gehör, ohne Korrekturen

«Eine regionale Integrationsschule wäre eine klare Entlastung für die Lehrpersonen und die übrigen Schüler».

in den ersten Schuljahren – per Weisung gestoppt.

Ja, ich habe angewiesen, auf «Schreiben nach Gehör» zu verzichten – mit einer kurzen Phase zur Motivation. Danach muss korrigierend eingegriffen werden. Etwas Dümmeres hätte Initiant Jürgen Reichen den Schulen kaum antun können. Das ist durch Studien hinreichend belegt. In Deutschland ist «Schreiben nach Gehör»

inzwischen weitgehend untersagt. Die Folgen sehen wir bis heute. Leider kann ich es nicht vollständig verbieten, da es im Lehrplan 21 verankert ist. Um einmal falsch eingeübte Wörter zu korrigieren, braucht es extrem viel Aufwand. Für mich bleibt es ein qualifizierter Unsinn und klarer Fehlschritt mit grossem Lernzeitverlust.

Wie viele Lehrerinnen und Lehrer sind ungehorsam und befolgen die Weisung nicht?

Das kann ich nicht beziffern. Erfahrene Lehrpersonen korrigieren ohnehin und sträuben sich gegen lautgetreues Schreiben. Problematisch sind eher jüngere PH-Abgänger. Dort sehe ich eine ideologische Prägung. Meines Erachtens wird an den Hochschulen teilweise ein praxisfernes Bildungsverständnis vermittelt.

Darauf kommen wir noch zurück. Bleiben wir beim Vorreiterkanton Nidwalden und damit bei der integrativen Schule. Sie haben sogenannte Lerninseln ins Leben gerufen.

Offiziell heisst es «alternativer Lernort», ich spreche auch von «Förderklasse». Ziel ist es, verhaltensauffällige, benachteiligte oder schwächere Schüler gezielt zu unterstützen und gleichzeitig die Klassen zu entlasten – mit dem Ziel der Rückführung. Die Gemeinden finanzieren das und müssen überzeugt sein. Ich bin zuversichtlich, dass sich dieses Modell etabliert.

Warum haben Sie angesichts der Probleme keinen radikalen Kurswechsel vorgenommen?

Eine konsequente Kursänderung hätte politisch kaum Bestand gehabt. Sie wäre in der Ver-

Aus dem Bildungsbericht 2026

1,3 Millionen Zeichen umfasst der neue Bildungsbericht der Schweiz. Ein Monument der Selbstvergewisserung, geschrieben im Ton der Sachlichkeit, so vorgetragen vom Bildungsforscher Stefan C. Wolter, als würde er den Beipackzettel eines Medikaments ablesen.

In homöopathischen Dosen enthält der Bildungsbericht 2026 jedoch jenen Befund, der als stilles Eingeständnis einer fortschreitenden Krankheit bezeichnet werden kann: «In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Ergebnisse der 15-Jährigen verschlechtert in der Schweiz in allen drei Bereichen» – Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft. Gleichzeitig sind die Ausgaben pro Schulkind in gut zehn Jahren real um ein Drittel gestiegen.

Auf die Diskrepanz – steigende Kosten, sinkende Leistungen – geht man im Bildungsbericht nicht ein. Wolter stellt immerhin «einen Mangel an Kompetenzen am Ende der obligatorischen Schulzeit» fest. Auf gut Deutsch heisst das: Die Schule hat ihre Kunden während elf Jahren ungenügend ausgebildet. Das schlägt sich in der erneut sinkenden Zahl der Berufsfähigen nieder. Obwohl der Bund sich zum Ziel gesetzt hat, dass 95 Prozent der Schulabgänger im Alter von 25 Jahren einen qualifizierten Abschluss vorweisen sollten, liegt die Quote nun bei 90,5 Prozent. Das erneute Absinken könne nicht mit der Migration oder der Corona-Pandemie plausibilisiert werden. Was die wirklichen Gründe sind, darüber gibt der Bericht aber keine Auskunft. (dsw)

nehmlassung verwässert und verzögert worden. Der gewählte Weg ist umsetzbarer. Dies obwohl das heutige Bildungsgesetz die Führung von Kleinklassen erlauben würde.

Was haben Ihre Evaluationen zum Thema ergeben?

Die beiden offiziellen Evaluationen in den Jahren 2014 und 2021 kamen zum Schluss, man sei zufrieden mit dem integrativen System; man habe vor allem Probleme mit einzelnen verhaltensauffälligen Schülern. Das greift zu kurz. Ein System muss sich gerade mit schwierigen Fällen bewähren. Die Rückmeldungen von erfahrenen Lehrpersonen zeigen: Die integrative Schule ist am Anschlag.

Dass Ihre Evaluationen nicht die Realität abgebildet hatten – lag das an der Fragestellung oder an den Antworten der Lehrer?

Die Fragen waren fair und neutral. Aber Kritik wird selten offen nach oben getragen. Man exponiert sich nicht gerne. Den Mut, Probleme konkret anzusprechen, habe ich fast nur im vertrauten Zwiegespräch erlebt.

Können Sie das nachvollziehen?

Ja. Viele Lehrpersonen haben wenig Erfahrung, sich in

hierarchischen Strukturen zu exponieren. Kritik gehört nicht selbstverständlich zum Berufsverständnis.

Greifen wir das Thema PH auf: Sie sprachen davon, Sie hätten verblendete Schulabgänger kennengelernt. Können Sie das erklären?

Viele Dozenten haben nie selbst unterrichtet. Ihnen fehlt der Praxisbezug – und das wirkt sich auf die Ausbildung aus. Der entscheidende Lerneffekt findet im Unterricht statt, nicht im Seminarraum. Zudem beobachte ich eine Ideologisierung, etwa in Umwelt- und Klimathemen – selbst in den Lehrmitteln. Möglicherweise ist auch die Sexualkunde ideologisch geprägt.

Wie kommen Sie darauf?

Ich erhalte Rückmeldungen

«Viele Dozenten der PH haben nie selbst unterrichtet. Ihnen fehlt der Praxisbezug und das wirkt sich auf die Ausbildung aus.»

von Eltern von PH-Studierenden. Diese berichten, dass ihre Kinder lernen müssen, sich bewusst abzugrenzen, um sich selbst treu zu bleiben. Junge Studierende, die aus einem stabilen Elternhaus stammen, sind oft selbst überrascht darüber, was sie alles zu lernen haben.

Die PH befürworten das Frühfranzösisch, sie verteidigen die integrative Schule, obschon die Resultate aus der Prüfung der Grundkompetenzen sehr schlecht ausfallen. Weshalb kommen von den PH keine plausiblen Antworten oder Rezepte auf diese Not?

Weil der direkte Praxisbezug fehlt und die PH-Dozenten nicht

das machen, was ich mache: Schulbesuche, Klassen und Lehrerinnen und Lehrer regelmässig aufsuchen, und mit ihnen sprechen. Man muss vor Ort sein, um zu verstehen, was läuft.

Handelt es sich um Desinteresse an den Volksschulen?

Nein, ich unterstelle kein Desinteresse. Problematisch ist die fehlende Nähe zur Praxis. An den PH werden teilweise Konzepte vertreten, die im Schulalltag nur begrenzt tragfähig sind.

Nun: Als Chef im Bildungswesen hätten Sie es in der Hand, die PHs zu steuern. Wer zahlt befiehlt.

Mit einer eigenen PH hätte ich früher eingegriffen. In der Zentralschweiz sind die PH jedoch kantonal organisiert. Als Präsident der Bildungsdirektorenkonferenz habe ich die Leitungen der PH eingeladen, ihre Grundsätze und Schwerpunkte darzulegen.

Was haben Sie daraufhin erlebt?

Die Verwunderung über die Einladung war offensichtlich. Die Reaktion war zurückhaltend. Die Auskünfte blieben oberflächlich. Das Signal war klar: Die Politik soll gegenüber den PH nichts zu sagen haben.

Ihre Parteikollegin im Kanton Aargau, SVP-Bildungsdirektorin Martina Bircher, hat schon mit Ankündigungen von Richtungswechseln in der Bildungspolitik für Aufsehen gesorgt. Was raten Sie ihr im Umgang mit den PH?

Sie ist auf dem richtigen Weg. Ich würde ihr raten, früh direkt an den PH und den Schulen in den Unterricht zu gehen,

Anzeige

**Hier könnte
Ihr Inserat stehen:**

**für eine hochmotivierte
und an Bildung
interessierte Leserschaft.**

Jetzt Kontakt aufnehmen:
inserate@lnch.ch

zuzuhören wie auch den Austausch mit anderen Kantonen zu suchen. Leider hat die Politik den PH freien Lauf gegeben. Die Fehlentwicklungen führen zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten. Mit einem enormen Selbstbestimmungsgrad treiben die PH die sogenannte Schulentwicklung voran – akademisches Gedankengut ohne genügend Praxisbezug.

Schulentwicklung – muss eine Hochschule das Bildungsweisen nicht immer weiter und mit neuen Ideen vorantreiben?

Meiner Ansicht nach ist das eine falsche Vorstellung. Alle sprechen von Schulentwicklung, dabei ist die Schule im Kern gleichgeblieben – und Kinder sind es auch. Was zählt, ist längst bekannt: Das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist zentral, ebenso die Stärkung der Grundkompetenzen. Diese lassen sich weder erspielen noch erschlafen, sondern nur durch konsequentes Üben und Trainieren erwerben. Dafür braucht es Zeit. Im Lehrplan 21 hingegen werden alle Fächer gleich gewichtet – ohne klare Prioritäten.

Wie wirken sich die sogenannten neuen Lernformen, die durch Schulentwicklung entstanden sind – wie selbstorganisierte Lernen, Lernlandschaften und so weiter in der Praxis aus?

Für starke Schülerinnen und Schüler funktionieren sie. Schwächere verlieren sich oft darin und kommen zu kurz. Bei Schulbesuchen sehe ich immer wieder Kinder, die ohne Begleitung nicht vorankommen. Ich glaube, wir hatten schon früher ein gutes Schulsystem. Man darf es nicht laut sagen: Aber teilweise täte der Schule eine Rückbesinnung auf Bewährtes gut.

Die Pornografisierung des Sexualkundeunterrichts

Ab welchem Alter müssen Kinder mit Samenspende und Leihmutterschaft konfrontiert werden? Wann soll den Kindern der Zugang zu bezahlbaren Pornoseiten schmackhaft gemacht werden? Geht es nach der Aids-Hilfe St. Gallen-Appenzell, kann das offenbar nicht genug früh stattfinden. Schon Zehn- und Elfjährige werden mit expliziten Bildern und Handlungen «beübt».

Das ging einem Elternpaar zu weit. Mit Unterstützung des Lehrernetzwerks Schweiz wurde Strafanzeige eingereicht. Support gibt auch die Politik. EDU-Kantonsparlamentarier Heinz Herzog hat zusammen mit der SVP eine Stellungnahme

von der Bildungsdirektion einfordert. Der juristische Ansatz, solchen übergriffigen Sexualkundeunterricht strafrechtlich sanktioniert zu beurteilen, ist neu: Der Fokus liege in erster Linie auf der Entwicklungsschädigung, unabhängig von einer allfälligen Einwilligung. Beim Tatbestand sexueller Handlungen mit Kindern sei die Motivation des Täters nach herrschender Lehre «explizit irrelevant. Es zählt einzig der sexuelle Bezug der Handlung und der Einbezug von Minderjährigen», wie die ehemalige Aargauer Staatsanwältin Nicole Burger sagt.

Das Lehrernetzwerk Schweiz bleibt dran – wir halten Euch auf dem Laufenden.

Gesundheitliches Risiko

Schule ohne WLAN

Es gibt Menschen, vor allem auch Kinder, die sensibel auf Mobilfunkstrahlung reagieren. Lehrernetzwerk-Mitglied Charles Anzi setzt sich dafür ein, dass WLAN in den Schulgebäuden schrittweise reduziert und wo immer möglich durch kabelgebundene Verbindungen ersetzt wird. Dieses Anliegen setzt der Elternrat Wolfhalden im Kanton Appenzell Ausserrhoden mit einem Antrag an die Schulleitung um. Man richtet sich nicht gegen die Digitalisierung an sich, sondern stützt sich auf das Vorsorgeprinzip und den Wunsch nach einem möglichst strahlungsarmen Lern- und Arbeitsumfeld.

Zur Begründung wird auf wis-

senchaftliche Studien, Berichte von Fachgremien sowie rechtliche Grundlagen verwiesen, die darauf hindeuten, dass gesundheitliche Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung nicht abschliessend geklärt sind. Gerade im Schulbereich, wo sich viele Kinder über längere Zeit in Innenräumen aufhalten, soll deshalb eine besonders sorgfältige Prüfung erfolgen. Konkret wird verlangt, dass fest installierte Geräte wie Computer, Drucker, Beamer oder Whiteboards konsequent verkabelt und mobile Geräte wenn möglich über kabelgebundene Lösungen betrieben werden. Mehr dazu unter elternrat-wolfhalden.ch.



Schule ist «sowohl als auch»

Die Rückbesinnung auf das Wesentliche

Das Referat des feinsinnigen Schweizer Pädagogen Carl Bossard sowie die Einblicke der Vertreter der Starken (Volks)Schulen aus den Kantonen Basel, Zürich und St. Gallen im anmutigen Gastrobetrieb Heuboden bei Holzhäusern (ZG) haben über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berührt. Die Botschaft an der Mitgliederversammlung: Die gute Schule ist in Gefahr – aber jeder Einzelne kann im Verbund zu einer guten Zukunft beitragen.

Der Gastrobetrieb Heuboden im Kanton Zug bot die passende, vertraute Atmosphäre, um über Bildung und den in der Tat bedenklichen Zustand unserer Volksschule nachzudenken. In seinem Referat belegte Carl Bossard, Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug und Gastprofessor an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, die Misere mit Schlagzeilen aus Zeitungen, die nicht dafür bekannt sind, besonders schulkritisch zu sein: «Viele Schweizer Schulabgänger können kaum lesen» (SonntagsZeitung, 3.12.23) oder «Wenn wir jetzt nichts unternehmen, geht die Volksschule kaputt – Lehrer schlägt Alarm» (Aargauer Zeitung, 3.6.23).

Kurs bisher nicht geändert

Der Bildungstanker hat seinen Kurs seit der «Post-Pandemie» nicht sichtbar geändert. In einigen Kantonsparlamenten ist immerhin der Wille erkennbar, das Ruder zu drehen – etwa mit der Abkehr von der integrativen Schule oder der Entschlackung der Primarstufe von einer zweiten Landessprache.

Die Kernbotschaft des Pädagogen aus Zug bleibt darum seit Jahren dieselbe – auch auf dem Heuboden, wo er sie mit präzisen Worten ausbreitet: die Rückbesinnung auf das Wesentliche von Bildung. Im Zentrum steht die Beziehung zwischen



Vernetzung: Jörg Wiedemann, Starke Schule beider Basel, mit Carl Bossard, Pädagoge und Jérôme Schwyzer, Präsident des Lehrernetzwerks Schweiz.

Bild: dw

dem Lehrer und dem Schüler, die Klarheit der Inhalte und die Verantwortung der Schule, junge Menschen zu urteilsfähigen, selbstständigen Persönlichkeiten zu bilden.

Bildung ist für ihn kein technokratisches Projekt, das sich durch immer neue Reformen, Kompetenztabellen oder Strukturveränderungen verbessern lässt. Im Gegenteil: Bossard warnt davor, dass eine überbordende Reformtätigkeit das System eher schwächt als stärkt. «Gute Schule entsteht nicht durch Systeme, sondern durch Menschen – durch fachlich kompetente, pädagogisch engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die führen, erklären, einordnen und fordern», sagt er. Die zunehmende Bürokratisierung und Ideologisierung

der Lehrerbildung – etwa durch ein Übergewicht an Theorie und «Schulentwicklungs»-Rhetorik – sieht Bossard kritisch. Sie entferne die Ausbildung von der schulischen Realität.

Denken braucht Substanz

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Bedeutung von Wissen. Bossard widerspricht der Vorstellung, Kompetenzen könnten losgelöst von Inhalten erworben werden. Denken braucht Substanz. Wer nichts weiss, kann auch nicht differenziert urteilen. Darum muss Schule wieder stärker auf solides Wissen, Sprache und Kulturtechniken setzen. Zugleich betont er die Bedeutung von Leistungsbereitschaft und Anstrengung. Bildung sei kein konsumierba-

Fortsetzung auf der letzten Seite

res Gut, sondern ein Prozess, der Disziplin, Ausdauer und Frustrationstoleranz verlange – üben, üben, üben. Eine Schule, die alles nivellieren wolle, schade letztlich gerade den Schwächeren.

Ein dialektischer Prozess

«Schule ist sowohl als auch», sagt Bossard. Sicherheit oder Freiheit, Bildungsinhalte oder Training – wer auf eine Poleposition setzt, schadet dem Kind. Es braucht beides, im richtigen Mass: so wie Tag und Nacht sich bedingen. «Wenn man beispielsweise neue Schulfächer einführt, wie das Frühfranzösisch, reduziert sich auf der Gegenseite die Zeit fürs Üben und Festigen», führt Bossard aus. Ein weiteres dialektisches Beispiel: Integration und Inklusion steigern die Heterogenität in der Klasse – das geht auf Kosten von Effizienz und Verbindlichkeit. Beides lässt sich nicht gleichzeitig maximieren.

Mit Nebenwirkungen

Zudem legt Bossard den Fokus auf das «Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen»: «Diese Frage stellt sich ganz dringlich auch hier und heute: Haben wir die Schule überladen? Kommen wir noch zum Üben?» Gute Lehrerinnen und Lehrer wüssten dies. Bei ihnen kommen Kinder mit dem Denken in Berührung. Diese Lehrer gestalten strukturierte Lernprozesse; sie konzentrieren sich auf die Qualität ihres pädagogischen Wirkens – und damit auf ein effizientes individuelles Lernen. «Wer dem Unterricht diesen Fokus zugrunde legt, trägt zur Chancengleichheit bei – und muss nicht die Volksschule zu einer <integrierten Schule> machen.»

Im Anschluss an diesen pädagogischen Exkurs bot das Lehrernetzwerk Schweiz den Starken Schulen der Kantone Zürich, St. Gallen und Basel eine Plattform, um sich zu vernetzen und zu zeigen, woran man arbeitet. Gesprochen wurde über Erfolge – etwa, dass das Kantonsparlament die Regierung beauftragt hat, das Frühfranzösisch abzuschaffen. Im Kanton St. Gallen kämpft die Starke Volksschule gegen einen übergriffigen Sexualkundeunterricht. Die Starke Schule beider Basel sammelt Unterschriften gegen digitale Geräte in den ersten vier Pri-

marschulstufen und gegen zwei Fremdsprachen an der Primarschule.

Das Fazit lautete: Steter Tropfen höhlt den Stein. «Letztlich haben wir sehr viel erreicht», sagte Hanspeter Amstutz, Vertreter der Starken Volksschule Zürich. «In einigen Kantonen herrscht ein Sinneswandel, die Bereitschaft unter Politikern wächst, die integrative Schule zur Disposition zu stellen.» Das sei das Resultat einer beharrlichen Botschaft – nicht zuletzt auch jener, die Carl Bossard seit Jahren mit Nachdruck vertritt. (dw)



Hilf jetzt auch Du mit, unseren Kindern eine unbeschwerte und ideologiefreie Schulzeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns mutig für eine gesunde und menschenfreundliche Bildung ein – in jeder Hinsicht.

Vielen Dank für Deine wertvolle Unterstützung.

Spenden ans Lehrernetzwerk Schweiz sind in der ganzen Schweiz vollumfänglich von den Steuern abziehbar.

Unsere Bankverbindung:

Lehrernetzwerk Schweiz, 5000 Aarau
IBAN: CH 48 80 80 8003 9417 3838 2
www.lehrernetzwerk-schweiz.ch/spenden



mit TWINT spenden